

VORWORT

Der interne und allerletzte Redaktionsschluß des neuen ZAG (Nummer 5) fällt auf einen historischen Tag - den 9. November. An diesem Tag war nicht nur die Novemberrevolution von 1918 und der Fall der Mauer 1989, der 9. November ist auch der Tag des versuchten Hitler-Putsches von 1923 und der antijüdischen Pogromnacht von 1938. Und heute? Während Flüchtlingsheime brennen und «ausländisch» aussehende Menschen auf offener Straße umgebracht werden, haben Regierungskoalition und große Teile der SPD nichts besseres zu tun, als die Stimmung weiter anzuheizen und zu versuchen, das Grundrecht auf Asyl zu kippen. Alltäglich in den Medien inszeniert ist diese unsägliche Asyl-Diskussion mitverantwortlich für die Pogrome, die in Rostock, in Greifswald, Schönau, Hünxe und anderswo stattfinden. Suggestiert sie doch dringenden Handlungsbedarf bei scheinbar handlungsunfähiger Politik, will Deutschland nicht von "Asylantenfluten überströmt werden und untergehen". Der Mob darf sich zum Schlagen und Morden legitimiert fühlen. Als Allheilmittel propagieren die Brandstifter in Bonn die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Gleichzeitig rufen Kohl und die anderen Heuchler zur Demonstration in Berlin auf, unter dem Motto: «Die Würde des Menschen ist unantastbar». Doch die Würde allzu vieler Menschen in Deutschland ist längst angetastet und wird von der Bonner Politik tagtäglich in Frage gestellt. Dazu muß nicht erst der Artikel 16 geändert werden. Rassistische Gesetze wie das «Ausländergesetz»~ oder das «Asylverfahrensgesetz» schränken die Rechte der hier lebenden Einwanderinnen und Flüchtlinge mehr und mehr ein. Asylbewerberinnen aus Rumänien, hauptsächlich Roma, können seit dem Inkrafttreten des neuen Abkommens zwischen Bann und

Bukarest am 1. November leichter abgeschoben werden (siehe Schwerpunkt in diesem Heft), die Sozialhilfe für Flüchtlinge soll auf 75 Prozent gekürzt und in Sachleistungen ausgezahlt werden.

Trotzdem ist es wichtig, daß erstmals in Deutschland 350000 Menschen gegen Rassismus auf die Straße gegangen sind, davon viele für den Erhalt des Artikels 16. Die Proteste gegen die Heuchelei der Banner Politik zu einem angeblichen «Angriff auf eine friedliche Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit und für Menschenwürde» umzudeuten, ist ein erneuter Versuch von Politik und Medien, Linke und Autonome mit Faschos gleichzusetzen. Aus der rechten Gefahr wird die «Bedrohung der Demokratie durch Linksterroristen und rechte Jugendliche» Mit de.n Protesten wurde verhindert, daß Deutschland seine Weste innerhalb der Weltöffentlichkeit weißwaschen und die internationale Presse und die ausländischen Investoren beruhigen kann. Eine Auseinandersetzung mit den in der Bevölkerung und Politik verankerten rassistischen Denkstrukturen fand wieder einmal nicht statt, die Demonstration war eher eine gute Gelegenheit, öffentlichkeitswirksam sein schlechtes Gewissen spazieren zu führen.

Schaut mensch nach Eberswalde, Rostock und Sachsenhausen erschreckt der nationalistische, völkische Konsens, der in Deutschland herrscht. Daran ändert auch eine Großdemonstration nichts. Die Zustimmung, Teilnahmslosigkeit oder Ohnmacht, mit der viele Menschen der rassistischen Politik, dem Rassismus und dem Antisemitismus begegnen, erinnert fatal an die 30er Jahre. Wehret den Anfängen? Es hat schon angefangen!

Die Redaktionsgruppe

INFOS ZUM ZAG

Wir wollen im ZAG Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, über den Widerstand und Aktionen gegen rassistische und faschistische Gewalt berichten und die Meldungen, die bei den Infotelefonen eingegangen sind, dokumentieren und veröffentlichen.

Das ZAG soll nicht nur uns, den drei herausgebenden Info-Telefonen, sondern auch anderen anti-rassistischen und antifaschistischen Gruppen die Möglichkeit bieten, Informationen, Einschätzungen, Selbstdarstellungen und Ankündigungen zu veröffentlichen,

Ziel und Aufgabe der Info-Telefone und des ZAG ist es:

- Menschen, die konkret von faschistischer Gewalt, rassistischen Diskriminierungen oder staatlichen Maßnahmen betroffen sind, solidarisch bei ihrer Gegenwehr zu unterstützen.

- zu einer starken Gegenöffentlichkeit beizutragen, das Wegsehen und Schweigen gegenüber dem alltäglichen Rassismus und der faschistischen Gewalt zu durchbrechen.

- Antirassistische und antifaschistische Aktionen durchzuführen und zu unterstützen.

Die Qualität und der Informationsgehalt des ZAG hängt auch von Eurer Mitarbeit ab. Deshalb: Gebt Eure Informationen und Erfahrungen an die Info-

telefone weiter. Soweit es uns möglich ist, werden bei der ZAG eingehende Artikel wörtlich übernommen. Wortwahl und Inhalte von Beiträgen, die von Einzelpersonen oder Gruppen unterzeichnet sind, sind Ausdruck von deren Politik und stimmen nicht unbedingt mit den politischen Ansichten der ZAG-Herausgeber-Gruppen überein,

Redaktionsschluß für das nächste ZAG:

15. Januar 1993

Weil es ziemlich arbeitsaufwendig ist, die Texte druckfertig zu machen (abtippen, Korrektur lesen, usw.), bitten wir alle, denen dies möglich ist, uns ihre Artikel auf Diskette (ohne Druckformat, mit Angabe des Textverarbeitungssystems und einem Textausdruck) zuzusenden. Fotos und anderes Layout-Material bitte nicht vergessen!

Außerdem danken wir allen, die das ZAG bisher mit Spenden und Abos unterstützt haben. Wie auch die Erfahrungen anderer Zeitungsprojekte zeigen, ist es in der Bundesrepublik fast unmöglich, als alternative oder linke Zeitung die Kosten ausschließlich durch die Verkaufserlöse abzudecken. Deshalb sind wir auch weiterhin auf Eure Spendenfreudigkeit und möglichst regelmäßige finanzielle Unterstützung angewiesen.

Die Redaktionsgruppe